



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886090

P/XIII/107 - 12. Mai 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Das neue Angebot Chruschtschows Wird das Eis gebrochen?	50
2	Die Gemeinschaft der Separatisten Wenger erhält Schützenhilfe aus dem Saargebiet	46
3 - 4	Wendung in der bayerischen Schulfrage Jahrelanger Streit um das Lehrerbildungsgesetz vor dem Ende	60
5 - 7	Das Elend der deutschen Spaltung Zur Tagung des "Kuratoriums Unteilbares Deutschland" Von Klaus Jalonneck	153

* * * * *
* * * * *

Zur Beachtung: In der nächsten Ausgabe veröffentlichen wir eine Studie über die amerikanischen Nike-Raketen in der Bundesrepublik "Plädoyer gegen die Nike".

Das neue Angebot Chruschtschows

sp - Wieder einmal ist ein grosses Rätselraten über mögliche Veränderungen in der sowjetischen Führungsgarnitur im Gange. Die heftigen Angriffe aus dem Lager der Ostblockstaaten auf Jugoslawien haben zu der Überlegung Anlass gegeben, Chruschtschow werde langsam von den "Stalinisten" an die Wand gespielt und der "harte Kurs" werde in Moskau wieder Trumpf. Das 83. Njet der Sowjetunion im Weltsicherheitsrat gab üppig schliessenden Spekulationen dieser Art reiche Nahrung.

Aber gerade in diesem Augenblick hat Chruschtschow in der so überaus heiklen Frage einer internationalen Kontrolle der Einstellung von Kernwaffenversuchen einen Schritt getan, der geeignet sein könnte, die anscheinend vereiste Atmosphäre wieder etwas aufzulockern. Kernpunkt aller bisherigen amerikanischen Abrüstungsvorschläge war die Forderung nach Entsendung von Beobachtergruppen in das Gebiet der Sowjetunion, die zu kontrollieren hätten, ob sich Moskau an eventuell getroffene Vereinbarungen hält. In dieser Forderung hatte die Sowjetunion immer noch eine unzumutbare Einschränkung ihrer Souveränität erblickt. Technisch würden sich einer solchen Kontrolle keine unüberbrückbaren Schwierigkeiten entgegenstellen, da es heute ja schon mit Hilfe von hochempfindlichen Geigergeräten möglich ist, jede grössere Atomexplosion zu registrieren.

Chruschtschows Vorstoss erfolgte zu einer Stunde, da man noch nicht sagen kann, wie der Kampf zwischen den Befürwortern und Gegnern des atomaren Rüstungswettlaufs in den Vereinigten Staaten ausgeht. Der sowjetische Ministerpräsident drängt zur Eile und mahnt den Westen, seinen letzten Vorschlag ernstzunehmen. Könnte diese Eile Chruschtschows nicht von der Furcht diktiert sein, innenpolitisch an Terrain gegenüber denen zu verlieren, die einen "harten Kurs" befürworten?

Moskaus erklärtes Ziel ist die direkte Verständigung mit den USA. Diese aber wird erschwert durch das Drängen Frankreichs, so schnell wie möglich selbst "Atommacht" zu werden, durch die Lieferung von Atomwaffen an die Bundesrepublik und die Ankündigung aus Peking "Auch wir werden bald Atommacht sein".

Chruschtschows Angebot zeigt, welche Möglichkeiten auch heute noch in der internationalen Entwicklung liegen. In dieser Situation wäre nichts gefährlicher, als durch leichtfertige Spekulationen oder voreilige Urteile Begriffe und Kategorien schaffen zu wollen, die den gegenwärtigen Zustand der Welt als "unabänderlich" erscheinen liessen. Es ist nicht schwer, eine spannungsgeladene Atmosphäre zur Entladung zu bringen; die Geschichte bietet genügend Beispiele dafür. Heute mehr denn je bleibt es zwingende Aufgabe aller ruhig Denkenden, durch abgewogenes Urteil und neue Vorschläge den Teufelskreis der Unvernunft zu durchbrechen.

Die Gemeinschaft der Separatisten

sp - Sage mir wer dich lobt und ich sage dir, wer du bist - könnte man in Abwandlung eines bekannten Sprichwortes sagen, wenn man liest, dass ausgerechnet der Chef-Ideologe des saarländischen Separatismus, der gegenwärtige Bundestagsabgeordnete Hermann M. Goergen (CSU/CVP) sich schützend hinter die Aufteilungspläne des Leitartiklers vom "Rheinischen Merkur", P.W. Wenger, gestellt hat. Hinter den Anwürfen gegen Wenger verbergen sich - schreibt Goergen in der "Saarländischen Volkszeitung" - in Wirklichkeit alle jene restaurativen Kräfte, "die der Europapolitik des Bundeskanzlers den Codesstoss versetzen wollen".

Herr Goergen, in Hoffmanns Zeiten Generaldirektor des Saarländischen Rundfunks, bedarf keiner Vorstellung. Als Chef-Ideologe der Christlich-sozialen Volkspartei gehörte er zu den Befürwortern der Saar-Abtrennung von deutschem Mutterland und aus dieser Zeit datieren auch seine politischen Verbindungen mit den Gesinnungsgenossen vom "Rheinischen Merkur". Die damaligen Oppositionsparteien an der Saar haben das Wirken dieses Mannes in trüber Erinnerung, hat er doch alles getan, um den Saar-Separatismus unter europäischer Etikette auch staatsrechtlich zu verankern. Als Leiter des Saarländischen Rundfunks sorgte Goergen für die weiteste Verbreitung jenes Aufrufes Adenauers in Bochum an die Saarländer, sich doch um Europas willen für die Annahme des Saarstatuts zu entscheiden; die Saarländer in ihrer übergrossen Mehrheit erwiesen sich damals als bessere Patrioten als der für die deutsche Politik verantwortliche Bundeskanzler. Sie verwarfen das Saarstatut.

Goergens und Wengers Ansichten über die Nichtwünschbarkeit der deutschen Einheit nähren sich aus den gleichen Quellen, die Berührungspunkte sind unverkennbar. Wengers Rede in Taubertschloßheim kam der CDU höchst ungelegen, sie war ihr geradezu peinlich. Der protestantische Flügel der CDU, vom politischen Katholizismus ohnehin stark bedrängt, begann zu rebellieren, denn Wengers Deutschland- und Europa-Plan stellt nicht nur die deutsche Einheit in Frage, er würde auch das protestantische Deutschland zur Ohnmacht verurteilen. So beeilte sich denn auch die CDU, recht schnell zu dementieren, dass sie mit Wenger übereinstimme, ja, er sei nicht einmal Mitglied der CDU. Herr Goergen aber, der es schliesslich wissen muss, bestreitet dies; nach ihm gehörte der unstrittene Leitartikler des "Rheinischen Merkur" sogar zu den Gründungsmitgliedern der badi-schen CDU ...

Die Partei Hoffmanns existiert heute als Ableger der bayerischen CSU, mit deren Krückenhilfe sie auch in den dritten Deutschen Bundestag gelangte. Sie erfreut sich der Protektion allerhöchster Stellen. Es ergibt sich die Frage: Billigt Bundesverteidigungsminister Strauss als ein profilierter CSU-Mann die Verteidigung des Spaltungsapostels Wenger durch seinen jetzigen Parteifreund Goergen? Um der politischen Sauberkeit willen wäre eine klare Antwort geboten.

Wendung in der bayrischen Schulfrage

G.K.A. München

Nach monatelangen Hin und Her scheint sich ganz überraschend ein nicht mehr erwarteter Kompromiß in dem endlosen Streit um das bayrische Lehrerbildungsgesetz anzubahnen. Unerwartet erklärte Ministerpräsident Seidel und sein Kultusminister Maunz, er sei bereit, die Lehrerbildung an die Universitäten zu verlegen. Auch die besonderen Pädagogischen Institute sollen bei den Universitäten errichtet werden. Damit wird einer jahrelangen Forderung der Lehrerverbände Genüge getan, deren Erfüllung übrigens ein Kernstück des früher von der Regierung Höger vorgelegten Lehrerbildungsgesetz gewesen war.

Wenn das jetzt so veränderte Gesetz auch bei weitem nicht den Vorstellungen der bayrischen SPD entspricht, so wird sie sich doch schweren Herzens ein "Ja" abringen können, nachdem einige Grundvoraussetzungen erfüllt sind. Sechsemestriges Studium an einer Hochschule, Immatrikulation der Lehrerstudenten an einer Hochschule, wodurch die ursprünglich von kirchlicher Seite geforderte Einschränkung der Freizügigkeit fällt. Etwa 32 Semesterstunden werden auf konfessionell gebundene Pflichtvorlesungen entfallen und das ist etwas gänzlich anderes als der durchweg konfessionell gebundene Akademietrieb, der ursprünglich geplant war.

Das Nachgeben der Kirche erfolgte nach langen Verhandlungen des Bayrischen Lehrer- und Lehrerinnenvereins mit Kardinal Wendel, der sich überraschenderweise zu Zugeständnissen bereit fand, die vorher dem Vatikan nicht abzurufen gewesen waren. Allerdings steht noch nicht fest, wie sich der radikale Flügel der CSU zu der neuen Wendung stellen wird.

Immerhin steht in Aussicht, daß Ministerpräsident Seidel einstimmige Annahme für dieses Gesetz im Landtag erreichen wird, zweifellos ein Erfolg und die Überbrückung eines jahrelangen kulturpolitischen Gegensatzes zwischen SPD und CSU.

Trotzdem wäre es verfrüht von neuerlichen Neigungen zu einer großen Koalition in Bayern zu sprechen. Was den Ministerpräsidenten und den Kardinal zum Nachgeben in der Lehrerbildungsfrage bewogen hat, ist noch

12. Mai 1958

nicht mit Sicherheit festzustellen. Spekulationen etwa der Art, - die in der Tat sehr raumgreifenden Erfolge der gegen die Atomrüstung gerichteten Bewegung, bedrohe die Wahlchancen der CSU im Herbst - sind verfrüht und abwegig.

Auch die Gerüchte, - die SPD führe in der Verwaltung der Landeshauptstadt München eine Annäherung an die CSU durch, um dadurch die Chancen einer Koalition im Land zu vergrößern, sind absoluter Humbug. Wie die Erfahrung erwiesen hat, spielen weder die Münchner Parteio-
rganisation der CSU noch die der SPD bei landespolitischen Entscheidungen eine sehr gewichtige Rolle und die Kommunalpolitik der Millionenstadt München fängt eben erst ganz zaghaft an, bei beiden großen Parteien eine gewisse Bedeutung zu erlangen.

Die Veränderungen im Münchner Rathaus, die tatsächlich bevorstehen, sind als Ringen um Ausgangspositionen für die 1960 anstehenden Wahlen des Stadtrats und eines neuen Oberbürgermeisters zu betrachten, da Thomas Wimmer aus Altersgründen ausscheidet. Die Stadt bedarf außerdem einer umfassenden Finanzhilfe durch Bund und Land und es ist verständlich, daß die CSU als bayrische Regierungspartei in dieser Frage auch in der Stadtverwaltung mitreden möchte. Die gegenwärtige Situation, die in der Tat eine Veränderung der Mehrheits- und Koalitionsverhältnisse in München in den Bereich des Möglichen rückt, ist aber mehr durch Ungeschicklichkeiten und die Unerfüllbarkeit gewisser personeller Wünsche einzelner Stadtratsfraktionen, als durch politische Überlegungen übergeordneter Art ausgelöst worden.

Vermutlich wird der Amtsgerichtsrat Dr. J. Vogel eine führende Stellung in der Münchner Stadtverwaltung erhalten, der als einer der begabtesten bayrischen Nachwuchspolitiker der SPD gilt und der sich nicht nur durch die Bereinigung des bayrischen Landesrechts, sondern auch als Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Akademiker einen hervorragenden Ruf erworben hat.

Das Elend der deutschen Spaltung

Von Klaus Jelonneck

"Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann ein ich um den Schlaf gebracht". Heinrich Heines Satz ist aktuell wie nie zuvor. Wenn es wirklich ernst ist um die deutsche Wiedervereinigung, dem vergeht heute das Schlafen, den hält eine heilige Unruhe in Atem. Wenn es so weitergeht wie bisher, dann rotten sich die geteilten Deutschen selber aus: auf Wunsch der Ex-Alliierten, die im Lande stehen, atomar oder konventionell - wie es eben für nützlich gehalten wird. Eine schreckliche Vision! Schrecklich darum, weil sie nicht ängstlichen Träumern kommt, sondern dem einfachen Mann auf der Strasse, dem Hellwachen und den weitsichtigen Politikern, die hart und nüchtern mit Tatsachen umgehen. Die Spaltung Deutschlands wird lebensgefährlich.

In Bad Godesberg hat das "Kuratorium Unteilbares Deutschland" eine Arbeitstagung veranstaltet. Unteilbares Deutschland? Mag sich die freie Vereinigung achtbarer Leute aus den Spitzen des öffentlichen Lebens der Bundesrepublik auch so nennen - fest steht: Deutschland ist geteilt und teilt sich von Tag zu Tag mehr. Der ist ein hoffnungsloser Illusionist, der das nicht sehen will. Die Spaltung des Landes lässt sich durch Pathos nicht mehr zukleistern. Das weiss man auch im westdeutschen Kuratorium des geteilten Deutschland. Doch die Einsicht schafft noch keine Wandlung. Rücksichtslos legt die offizielle Politik in Ost und West alle Bemühungen zur Entkrampfung der innerdeutschen Situation vom Tisch der Ratgeber - die unter sich auch alles andere als einig sind und sich zum Teil als ratlose Claqueure der Regierungspolitik entpuppen, ohne eine Alternative zu finden. Einheit und Wiedervereinigung sind weiter denn je entfernt. Man muss aussprechen, was ist.

Der Standpunkt der "Unteilbarkeit Deutschlands" hat keinen Rückhalt an der politischen Wirklichkeit. Hart und illusionslos hat das in Godesberg auch der geschäftsführende Vorsitzende des Kuratoriums, Dr. Schütz, festgestellt. Übriggeblieben ist ein Rest geistigen und menschlichen Zusammengehörens der Deutschen diesseits und jenseits der Elbe. Und auch der wird systematisch unterwühlt - nicht nur durch immer neue Spaltungsmassnahmen Pankows, sondern auch vom Westen her. Dr. Schütz: "Taylor in England, Mauriac in Frankreich und manche andere, weniger namhafte Vertreter der Teilungspolitik wagen sich aus dem Schatten hervor, in dem sie jahrelang gelauert haben. Sie haben Parteigänger auch in Deutschland, wengleich nur der eine oder andere tölpelhaft genug ist, diese Farbe zu bekennen... Wenn dieser Angriff gelingt, wenn der Wille zur Einheit und Freiheit untergraben und in Hoffnungslosigkeit und Lethargie erstickt wird, dann wird die Teilungspolitik des Ostens triumphieren, dann wird auch die Teilungspolitik mancher westlicher Kreise durch einen endgültigen Zerfall Deutschlands gekrönt werden...dann zerbricht die Klammer, die Europa im Innern zusammenhielt. Die Initiative geht auf den Osten über und auch der Westen ist damit in Gefahr."

Fehlte nur eins: die Feststellung, dass Atomwaffen auf deutschem Boden - gleich ob in Händen der Amerikaner oder der Bundeswehr - die Wiedervereinigung ausschliessen. Wer Atomwaffen in Deutschland für notwendig hält, der soll auch den Mut haben, zu erklären, dass er auf die Wiedervereinigung verzichtet. Leider halten manche Kuratoriumsmitglieder die Atomaufrüstung für notwendig, wie die Diskussion bewies.

* * *

Bundesminister Lexner sprach in Godesberg über die "Politik der offenen Tür". Aber er stiess diese Tür nicht auf. Er - wie viele andere

Redner auch - beschränkte sich weitgehend auf Feststellungen. Und diese sind schlimm und erschreckend: Der Besucherstrom aus der Zone geht nach Erlaß des Paßgesetzes immer mehr zurück. Im April dieses Jahres kam nur noch ein Viertel der Besucher vom Vergleichsmonat 1957. Über hundert namhafte Wissenschaftler wurden in wenigen Monaten in die Flucht getrieben. Wer als Mitteldeutscher beim Besuch der Bundesrepublik von seiner Reiseroute abweicht, wird von Pankow mit Gefängnisstrafen belegt. Pakete und Päckchen werden von den Zonenbehörden in einem Ausmaß beschlagnahmt wie kaum zuvor.

Beruhigt in diesem Zusammenhang die Minister-Erkenntnis, daß früher die Bundesrepublik beinahe mehr Angst vor dem innerdeutschen Verkehr, zumal vor den Sportbewegungen, hatte als die Zone - und daß es heute umgekehrt ist? Daß die Furcht vor kommunistischer Infektion übertrieben wurde? Daß auch die Bundesrepublik ähnlich der Zone um eine Analyse der jeweiligen gesellschaftspolitischen Situation bemüht sein sollte?

Vorbehaltlos zustimmen freilich darf man der Forderung des Ministers an die Westmächte, mit diplomatischen Offensiven in Moskau etwas für die deutsche Wiedervereinigung zu tun. Es muß allerdings mehr sein, als die bloße platonische Forderung an die Gipfalkonferenz der Großmächte die deutsche Frage zu behandeln. Dieser Wunsch steht schon im Abschluß-Kommuniqué der Kopenhagener NATO-Konferenz, ohne jede Aussicht zu haben, von Krenl akzeptiert zu werden. Die Ablehnung des Rapacki-Vorschlages der atomwaffenfreien Zone durch den Westen verbaut die Chance, die Sowjets für eine Erörterung der deutschen Frage auf höchster Ebene zu gewinnen.

Den Großmächten brennt die Wiedervereinigung Deutschlands nicht auf den Nägeln. Der Status quo bedrückt sie in dieser Frage am allerwenigsten. Man kann sich des Eindrucks nicht mehr erwehren, als sei er sogar auf unabsehbare Zeit gewünscht. Berlins Regierender Bürgermeister, Willy Brandt, sagte mit Nachdruck, es müsse endlich "auch so etwas wie ein deutscher Wille zur Wiedervereinigung" sichtbar werden. Wer möchte ernsthaft leugnen, daß es in der Bundesrepublik an diesem Willen fehlt? Das Volk ist der Heucheleien müde, der Einheitsreden zum Fenster hinaus. Es nimmt der Regierung nicht mehr die Lippenbekenntnisse zur Wiedervereinigung ab. Im Eiswasser des militärischen Blockdenkens gefrieren sie zum Zynismus und erwärmen nicht einmal mehr die Toren, die jahrelang auf einen Erfolg durch die "Politik der Stärke" spekulierten.

* * *

Wir können den Konföderationsvorschlag Pankows, bzw. Moskaus, nicht annehmen. Aber es genügt nicht, ihn hochmütig abzulehnen - man muß ihm eine Alternative gegenüberstellen. Willy Brandt setzte sich in Godesberg für eine Zusammenarbeit mit den Zonenbehörden auf allen nichtpolitischen Gebieten ein; er deutete Möglichkeiten in Richtung auf etwas Ähnliches wie einen deutschen Zollverein, einen Wirtschafts- und Verkehrsverein an. Aber alle diese Möglichkeiten werden verschüttet, wenn nicht der unterschiedene deutsche Wille gegen die Einschmelzung in die gegnerischen Militärblöcke aufsteht. Der Schlüssel zur innerdeutschen Auflockerung liegt im Widerstand gegen das sterile und gefährliche Maginot-Linien-Denken, in dem sich der Westen immer mehr verkrampft aus Furcht vor jeder mutigen Initiative im politischen Raum.

Gibt es überhaupt noch einen Preis für die deutsche Wiedervereinigung? Die Politik der Bundesregierung hat ihn mit ihrer Einschmelzung in den westlichen Militärblock unwahrscheinlich hoch gemacht, so daß

er nur noch in Raten bezahlt werden kann. Die Wiedervereinigung ist teuer geworden. Nur in zähem, mühseligen Ringen wird man ihr näherkommen. Es ist erfreulich, daß das auch bei der Kuratoriumstagung in Bad Godesberg von der Mehrheit der Vernünftigen eingesehen wurde.

Es geht vorerst um einen innerdeutschen modus vivendi, der die positiven Reste des Potsdamer Abkommens rette. Leidenschaftlich hat Herbert Wehner, der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen, für die Schaffung eines Instruments plädiert, das der Verklammerung der auseinanderfallenden Teile Deutschlands diene. Weil es keine Anerkennung Pankows durch Bonn geben kann, muß ein System von der Art der Treuhandstelle für den Interzonenhandel geschaffen werden, das wenigstens die drängendsten Fragen des deutschen Zusammenlebens löst. Es gab einmal eine Zeit, da schien selbst der Bundesverkehrsminister bereit, mit Leuten der Zonenregierung über technische Fragen zu reden. Was ist daraus geworden? In der Geesthacht-Sache, die jetzt von Pankow zum Vorwand für die Erhebung von Wasserstraßengebühren gemacht wurde, ließ man nur die Wasserstraßendirektionen Hamburg und Magdeburg miteinander reden und scheute sich, auch nur einen ministeriellen Abteilungsleiter nach Ostberlin zu schicken. Infektionsangst, Prestigedünkel und der Horror, Pankow könnte sich durch Kontakte auf Verwaltungsebene anerkannt fühlen, komplizieren die Situation unerträglich. Als ob Gespräche zwischen Abteilungsleitern die Aufnahme diplomatischer Beziehungen bedeuten!

Das Kuratorium stellte an Abschluß der Tagung vier Forderungen, die auf sozialdemokratische Initiative zurückgehen: Erfüllung der Unterhaltsverpflichtungen gegenüber getrennter Familien durch neue Regelungen, die Schwierigkeiten des Wechselkurses beseitigen. Versicherungsleistungen müssen von allen Personen, die in einem Teil Deutschlands wohnen und im andern arbeiten, dort in Anspruch genommen werden können, wo sie gerade nötig sind; Verbindungsstellen für die Förderung des Handels und des Reiseverkehrs.

Die Regierung müsse gedrängt werden, bis an die Grenze des Möglichen zu gehen, forderte Herbert Wehner. Sie wird, will sie den Menschen hüben und drüben wirklich helfen, dabei nicht umhin kommen, über technische Fragen auch mit den Funktionären Pankows zu sprechen. Wer diese unbequeme Arbeit scheut, soll aufhören davon zu reden, die Erhaltung des Rests deutscher Einheit sei ihm Herzensanliegen...

* * *

"Wir können uns den Luxus der Lethargie nicht leisten", hieß es auf der Godesberger Tagung des "Kuratorium Unteilbares Deutschland", das aus der Versammlung repräsentativer Köpfe eine Volksbewegung machen möchte. So soll z.B. jedes der bestehenden 280 Ortskuratorien bis zum Herbst wenigstens ein "Tochterkuratorium" gründen, damit sich die Bewegung ausbreite.

Wird man es draußen im Lande schaffen, die in Godesberg zitierten "Initiativen der Teilungspolitik abzufangen und durch die Initiative der Wiedervereinigungspolitik abzulösen"? Mit Deklamationen geht nicht. Da muß man schon andere Seiten aufziehen. Überraschend viele sind jetzt angeklungen, während die regierungskonformistischen Töne in der Minderheit blieben. Das gibt eine Hoffnung.

+ + +